

Datum: 20.08.2024
Telefon: 089 233-40596

Sozialreferat
Fachstelle für
migrationsgesellschaftliche
Diversität
S-III-L/MiD

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 13305

Antimuslimischen Rassismus bekämpfen – Demokratie stärken
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 13306

Stellungnahme

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

vielen Dank für die Zuleitung der Sitzungsvorlagen zu den geplanten Beschlüssen Nr. 20-26 / V 13305 und V 13306, welche wir der inhaltlichen Parallelen wegen zusammen betrachten und kommentieren.

I. Zum Themenfeld Antisemitismus und Muslim*innenfeindlichkeit (Antimuslimischer Rassismus)

Die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität im Sozialreferat und die Fachsteuerung migrationsgesellschaftliche Diversität im Büro der 3. Bürgermeisterin begrüßen alle konstruktiven Bemühungen, Antisemitismus und Muslim*innenfeindlichkeit (Antimuslimischer Rassismus)¹ durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Besonders begrüßen wir, dass diese Ziele referatsübergreifend durch die Zusammenarbeit von Fachstelle für Demokratie, Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität, Fachabteilung Public History, Protokollabteilung, Pädagogischem Institut, Stadtarchiv und Münchner Volkshochschule mit vereinten Kräften angegangen werden.

Die hohen Zahlen zu Antisemitismus und Muslim*innenfeindlichkeit, wie sie aus den beiden genannten Sitzungsvorlagen ablesbar sind, spiegeln die Erfahrungsberichte wider, wie sie uns aus Münchner Betroffenenkreisen seit Jahrzehnten leider fortwährend erreichen. Vor diesem Hintergrund sind alle von uns getroffenen Maßnahmen in der Diversitätsdimension ‚Religion und Weltanschauung‘ immer als Maßnahmen für ein verbessertes Teilsein aller benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen mit teils explizierter, teils implizierter Wirkung auch gegen die Diskriminierung von Jüd*innen und Muslim*innen auf individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene konzipiert. So brachte beim Programm zum Diversity-Tag 2024 der Landeshauptstadt München die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Vielfalt und Gleichstellung im POR muslimische und jüdische Perspektiven in den Dialog mit anderen religiös-weltanschaulichen Perspektiven, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat.

Entsprechendes gilt für das "Bekenntnis füreinander - Münchner Charta der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften": Durch die Initiative des ehrenamtlichen Beauftragten für den interreligiösen Dialog der Landeshauptstadt München, Herrn StR Marian Offman, und

¹ Die Definition des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit der Bundesregierung (UEM) bezieht sich vorwiegend auf den Begriff ‚Muslimfeindlichkeit‘ und setzt den Begriff ‚antimuslimischer Rassismus‘ in Klammern. Wir schließen uns dem UEM - in der gegenderten Form „Muslim*innenfeindlichkeit“ - an.

unterstützt durch die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität konnte am 17. April 2024 die „Münchner Charta“ ergänzt werden. Die bisherigen Prinzipien wie gesamtgesellschaftliche Solidarität und der aktive Einsatz gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit wurden neu ergänzt um die ausdrückliche Ablehnung von Antisemitismus und Muslim*innen- bzw. Islamfeindlichkeit. 24 verschiedene Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften - darunter jüdische, islamische, christliche, buddhistische und humanistische - bekennen sich darin gemeinsam zu diesen Prinzipien. Um diesen breiten Konsens von Gemeinschaften aus den unterschiedlichsten Religionen und Weltanschauungen in München bekannter zu machen, wird der Beauftragte für den interreligiösen Dialog zusammen mit den Stadtwerken München im MVG-Fahrgastfernsehen die „Münchner Charta“ mit Hervorhebung des Statements gegen Antisemitismus und Muslim*innen- bzw. Islamfeindlichkeit bewerben. Die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität wird zum selben Zweck entsprechende Plakate entwerfen und drucken lassen, welche künftig u. a. in Dienstgebäuden der Münchner Stadtverwaltung und bei den religiösen sowie weltanschaulichen Gemeinschaften zu sehen sein werden.

Wir begrüßen es, dass die neuen anvisierten Maßnahmen gegen Antisemitismus und Muslim*innenfeindlichkeit gleichzeitig vom Stadtrat beschlossen werden sollen. Diese Gleichzeitigkeit betont die Sensibilität und die Prinzipien von Gleichstellung und Gleichbehandlung der Landeshauptstadt München im Umgang mit stark von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffenen Bevölkerungsgruppen.

II. Zum Themenfeld jüdisches Leben und muslimisches Leben in München

Neben unserem eigenem Wirken begrüßen wir es sehr, wenn auch von anderen Teilen der Stadtverwaltung Maßnahmen für eine Stärkung der Präsenz jüdischen und muslimischen Lebens in München ergriffen werden. Wir bitten dabei allgemein um eine künftig frühzeitige Einbeziehung unserer Fachstelle, welche für das Themenfeld Sichtbarmachung, Dialog & Begegnung sowie Empowerment von religiös-weltanschaulich diskriminierten Gruppen zuständig ist, in die Konzeption, Implementierung und Durchführung aller Maßnahmen von anderen Stellen der Landeshauptstadt München.

Wir schließen uns der fachlichen Einschätzung der Fachstelle für Demokratie und der Protokollabteilung im Direktorium an, dass die Kommune wegen des Gebots religiös-weltanschaulicher Neutralität selbst keine religiösen Feste veranstalten oder mitveranstalten kann. Selbstverständlich nehmen Vertreter*innen der Stadtspitze und der Stadtverwaltung weiterhin auf Einladung und nach Möglichkeit an Festen der verschiedensten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften teil, um auch auf diesem Wege ihre Verbundenheit zu allen Teilen der Münchner Stadtbevölkerung zu signalisieren.

Wir freuen uns über die Einbeziehung durch die hauptverantwortlich zuständige Protokollabteilung zu Fragen der Illuminierung städtischer Gebäude an einem jüdischen sowie einem islamischen Feiertag, insbesondere zur Auswahl des jeweils konkreten Feiertags durch Einbettung der vielfältigen muslimischen und jüdischen Perspektiven in München.

Die Sitzungsvorlagen Nr. 20-26 / V 13305 sowie Nr. 20-26 / V 13306 zeichnen die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität im Sozialreferat und die Fachsteuerung migrationsgesellschaftliche Diversität im Büro der 3. Bürgermeisterin mit.

Aufgrund der verschiedenen, die Sitzungsvorlagen ergänzenden fachlichen Ausführungen und der Darstellung weiterer aktuellen Maßnahmen gegen Antisemitismus und

Muslim*innenfeindlichkeit bitten wir darum, unsere Stellungnahme den beiden genannten Beschlussvorlagen jeweils als Anlage beizufügen. Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen, Ihre

Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität
Fachsteuerung migrationsgesellschaftliche Diversität